

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
§ 1 Einleitung .....	1
A. <i>Status quo</i> .....	1
B. <i>Gang der Untersuchung</i> .....	2
C. <i>Anwendungsbereich der Arbeit</i> .....	2
Teil I: Die Pflichten der Parteien einer Schiedsvereinbarung .....	5
§ 2 Das Entstehen von Pflichten durch die Schiedsvereinbarung .....	7
A. <i>Meinungsstand</i> .....	7
I. Die höchstrichterliche deutsche Rechtsprechung .....	8
1. Reichsgericht .....	8
a. Darstellung .....	8
b. Auswertung .....	9
2. Bundesgerichtshof .....	10
a. Darstellung .....	10
b. Auswertung .....	11
3. Zusammenfassung .....	12
II. Die deutsche Rechtsliteratur .....	13
1. Zur Rechtsnatur der Schiedsvereinbarung .....	13
2. Zur Begründung von Pflichten .....	14
a. Auffassung, die Schiedsvereinbarung begründe Lasten .....	14
b. Auffassung, die Schiedsvereinbarung begründe Pflichten .....	14
3. Auswertung .....	15
III. Zusammenfassung .....	16
B. <i>Über das Verhältnis von der Rechtsnatur der Schiedsvereinbarung zu den Pflichten für die Parteien</i> .....	17
I. Die Existenz von Pflichten im deutschen Zivilprozess .....	17
II. Der Prozessvertrag als Verpflichtungsgeschäft .....	18

III. Stellungnahme .....	18
C. <i>Erforderlichkeit und Einklagbarkeit als taugliche Kriterien zur Bestimmung von Pflichten aus der Schiedsvereinbarung?</i> .....	19
I. Pflicht, alles zu tun, was zum Zustandekommen des Schiedsspruchs erforderlich ist? .....	19
1. Rechtsprechung und Rechtsliteratur zur Konkretisierung der Generalklausel? .....	19
2. Stellungnahme .....	20
II. Pflichten der Schiedsparteien überall dort, wo Handlungsgebote erzwungen werden können? .....	21
1. Charakteristika der Last im deutschen Zivilprozess .....	22
2. Charakteristika der Pflicht im deutschen Zivilprozess .....	23
3. Stellungnahme .....	24
III. Zwischenergebnis .....	24
D. <i>Die Herleitung schiedsvertraglicher Pflichten und Lasten über das Bedürfnis nach Erzwingbarkeit</i> .....	24
I. Die Sanktionierung von prozessuellem Fehlverhalten durch die Rechtsordnung als Ausgangspunkt .....	24
II. Das Bedürfnis nach Erzwingbarkeit als richtiges Abgrenzungskriterium .....	25
III. Schiedsvertragliche Pflichten und Lasten .....	26
E. <i>Ergebnis zum deutschen Schiedsverfahrensrecht</i> .....	27
F. <i>Die Pflichten der Schiedsparteien nach englischem Schiedsverfahrensrecht</i> .....	28
I. Pflichten der Schiedsparteien unter dem common law und dem English Arbitration Act .....	29
1. <i>General duty of the parties</i> gem. section 40 Arbitration Act .....	29
a. Rechtsprechung zur Auslegung von section 40 Arbitration Act ..	30
aa. <i>Elektrim S.A. v. Vivendi Universal S.A.</i> .....	30
bb. <i>Bremer Vulkan Schiffbau und Maschinenfabrik v. South India Shipping Corporation</i> .....	31
cc. Kritische Würdigung der Rechtsprechung .....	33
b. Kritik der englischen Rechtsliteratur an section 40 Arbitration Act .....	34
c. Eigene Bewertung – Pflichten aus section 40 (1) Arbitration Act als <i>statutory obligation</i> .....	34
2. <i>Contractual obligations</i> als <i>implied terms</i> der Schiedsvereinbarung ..	35
3. Ergebnis .....	35
II. Rechtsnatur der Schiedsvereinbarung nach englischem Recht und die Pflichten der Parteien .....	36
III. Ergebnis zum englischen Schiedsverfahrensrecht .....	37

§ 3 Schiedsvertragliche Pflichten und Lasten .....	39
A. <i>Pflicht, keine staatlichen Gerichte anzurufen</i> .....	39
I. Meinungsstand .....	39
II. Eigene Herleitung .....	40
1. Handlungsgebot, nicht vor staatlichen Gerichten zu klagen .....	40
2. Bedürfnis nach Erzwingbarkeit .....	41
a. Klagen vor deutschen Gerichten .....	41
b. Klagen vor ausländischen Gerichten .....	43
3. Reichweite und Grenzen der Pflicht, nicht vor staatlichen Gerichten zu klagen .....	44
a. Zulässigkeit von Unterstützungsmaßnahmen durch staatliche Gerichte .....	44
b. Zulässigkeit von negativen Feststellungsklagen in Bezug auf die Schiedsvereinbarung? .....	45
c. Torpedoklagen als doppelte Verletzung der schiedsvertraglichen Pflicht .....	46
4. Ergebnis .....	47
III. Die Pflicht, Klagen vor staatlichen Gerichten zu unterlassen, nach englischem Schiedsverfahrensrecht .....	47
1. Klagen vor ausländischen Gerichten .....	48
2. Klagen vor englischen Gerichten .....	49
3. Ergebnis .....	51
B. <i>Pflicht, an der Konstituierung des Schiedsgerichts mitzuwirken?</i> ....	52
I. Meinungsstand .....	52
II. Eigene Abgrenzung .....	52
1. Mangel an pflichtbegründenden Nachteilen aufgrund von § 1035 ZPO .....	53
2. Pflicht bei abweichender Parteivereinbarung gem. § 1035 Abs. 1 ZPO? .....	53
III. Ergebnis .....	54
C. <i>Pflicht zur Zahlung eines Vorschusses für die Kosten des     Schiedsverfahrens</i> .....	54
I. Meinungsstand .....	54
II. Differenzierung der Pflichten im Zusammenhang mit den Kosten des Schiedsverfahrens .....	55
1. Pflicht der Schiedsparteien gegenüber den Schiedsrichtern auf Zahlung von Vergütung .....	55
2. Kostentragung nach Abschluss des Schiedsverfahrens .....	56
3. Zusammenfassung .....	56
III. Herleitung einer anteiligen Kostenvorschusspflicht .....	57
1. Grundsätzliches Bestehen einer Pflicht .....	57
2. Beschränkung auf einen gleichen Anteil .....	57

3. Kein Ausschluss der Zahlungspflicht bei Vermögenslosigkeit . . . .	59
4. Ergebnis . . . . .	59
IV. Kostenvorschusspflicht nach englischem Schiedsverfahrensrecht? . .	59
1. Einleitung . . . . .	60
2. Rechtsprechung . . . . .	60
a. <i>BDMS Ltd. v. Rafael Advanced Defence Systems</i> . . . . .	60
aa. Darstellung . . . . .	60
bb. Auswertung . . . . .	61
b. <i>Janos Paczy v. Haendler &amp; Natermann GmbH</i> . . . . .	62
aa. Darstellung . . . . .	62
bb. Auswertung . . . . .	63
3. Bewertung . . . . .	63
D. <i>Allgemeine Pflicht zur Beteiligung am Schiedsverfahren?</i> . . . . .	64
I. Pflicht der Schiedsparteien, sich durch Äußerungen und der Teilnahme an den mündlichen Verhandlungen am Schiedsverfahren zu beteiligen? . . . . .	64
1. Tücken der ständigen Rechtsprechung zur Verfahrensförderungspflicht . . . . .	65
2. Beteiligung am Schiedsverfahren durch Einreichen von Schriftsätzen, Führen von Beweisen und Teilnahme an den mündlichen Verhandlungen als schiedsvertragliche Last . . . . .	65
II. Anforderungen an die Darlegungen der Schiedsparteien . . . . .	66
1. Pflicht zur fristgerechten Einreichung von Schriftsätzen? . . . . .	66
2. Pflicht zum wahrheitsgemäßen Sachvortrag . . . . .	67
a. Meinungsstand . . . . .	67
b. Anwendbarkeit von § 138 Abs. 1 ZPO? . . . . .	68
c. Die Wahrheitspflicht als schiedsvertragliche Pflicht . . . . .	68
d. Umfang der schiedsvertraglichen Wahrheitspflicht . . . . .	68
e. Ergebnis . . . . .	69
III. Pflicht zur Vorlage von Dokumenten? . . . . .	69
1. Beweiserhebung im Schiedsverfahren bei deutschem Schiedsort . .	70
2. Die Vorlage von Dokumenten als schiedsvertragliche Last . . . . .	70
a. Meinungsstand . . . . .	70
b. Eigene Herleitung . . . . .	71
c. Überlappung mit möglicher Pflicht, Anordnungen des Schiedsgerichts zu befolgen . . . . .	72
3. Zusammenfassung . . . . .	72
IV. Ergebnis . . . . .	72
E. <i>Kooperationspflichten im Schiedsverfahren?</i> . . . . .	73
I. Pflicht, Anordnungen des Schiedsgerichts zu befolgen . . . . .	73
1. Problemüberblick . . . . .	73
2. Meinungsstand . . . . .	75
3. Eigene Herleitung und Differenzierung . . . . .	75

a. Anordnungsbefolgungspflicht bei korrelierender schiedsvertraglicher Pflicht . . . . .	75
b. Anordnungsbefolgungspflicht bei fehlender schiedsvertraglicher Pflicht? . . . . .	76
aa. Rückschlüsse aus der Kompetenz des Schiedsgerichts, Gestaltungsschiedssprüche zu erlassen? . . . . .	76
bb. Bedürfnis nach Erzwingbarkeit schiedsgerichtlicher Anordnungen, bei denen zuvor keine korrelierende schiedsvertragliche Pflicht bestand? . . . . .	77
cc. Zwischenergebnis . . . . .	78
c. Überprüfung dieses Modells anhand einstweiliger Anordnungen gem. § 1041 Abs. 1 ZPO . . . . .	78
aa. Schiedsvertragliche Pflicht zur Befolgung einstweiliger Anordnungen des Schiedsgerichts? . . . . .	78
bb. Differenzierung: § 1041 Abs. 1 ZPO als Ausnahmetatbestand . . . . .	80
cc. Zusammenfassung . . . . .	81
4. Ergebnis . . . . .	82
II. Pflicht zur Einhaltung der Verfahrensordnung und zur Einlassung auf eine Neufassung? . . . . .	83
1. Generelle Pflicht der Schiedsparteien, die gewählte Verfahrensordnung einzuhalten? . . . . .	83
2. „Pflicht“ der Schiedsparteien, sich auf eine neue Fassung der Verfahrensregeln einzulassen . . . . .	84
3. Ergebnis . . . . .	86
III. Pflicht, nicht vorläufig vollendete Tatsachen zu schaffen? . . . . .	86
1. Bedenken gegen und Probleme mit einer solchen Pflicht . . . . .	86
2. Kein Bedürfnis für eine solche Pflicht aufgrund des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	87
3. Ergebnis . . . . .	88
IV. Pflicht zur Befolgung des Schiedsspruchs . . . . .	88
1. Überblick . . . . .	88
2. Eigene Herleitung . . . . .	89
3. Die Pflicht zur Befolgung des Schiedsspruchs nach englischem Schiedsverfahrensrecht . . . . .	90
V. Ergebnis . . . . .	91
F. <i>Pflicht, die Vertraulichkeit des Schiedsverfahrens zu wahren?</i> . . . . .	91
I. Grundsätzliche schiedsvertragliche Vertraulichkeitspflicht? . . . . .	92
1. Meinungsstand . . . . .	92
2. Handlungsgebot, die Vertraulichkeit des Schiedsverfahrens zu wahren? . . . . .	93
a. Der Unterschied zwischen Nichtöffentlichkeit und Vertraulichkeit . . . . .	93

aa. Nichtöffentlichkeit des Schiedsverfahrens . . . . .	93
bb. Vertraulichkeit des Schiedsverfahrens . . . . .	94
b. Handlungsgebot aus der Schiedsvereinbarung? . . . . .	94
aa. Handlungsgebot wegen drohender Undurchführbarkeit des Schiedsverfahrens? . . . . .	95
bb. Herleitung aus der Freiwilligkeit der Schiedsgerichtsbarkeit? . . . . .	95
cc. Zusammenfassung . . . . .	96
3. Zwischenergebnis . . . . .	96
II. Reichweite einer vereinbarten Vertraulichkeitspflicht der Schiedsparteien . . . . .	96
1. Vertraulichkeitspflicht gem. § 43.1 DIS-Schiedsgerichtsordnung . .	97
2. Vertraulichkeitspflicht gem. Art. 30.1 LCIA Arbitration Rules 2014	97
3. Bewertung . . . . .	97
III. Ausnahmen von einer vereinbarten Vertraulichkeitspflicht der Schiedsparteien . . . . .	98
1. Gesetzliche Ausnahmen . . . . .	98
a. Ausnahmen innerhalb des deutschen Schiedsverfahrensrechts .	98
b. Ausnahmen im übrigen deutschen Recht . . . . .	99
2. Vertragliche Ausnahmen? . . . . .	99
3. Rechtsnatur der Ausnahmen . . . . .	100
IV. Die Vertraulichkeitspflicht der Parteien nach englischem Schiedsverfahrensrecht . . . . .	101
1. Rechtsprechung . . . . .	101
2. <i>Duty of confidentiality</i> als <i>implied term</i> der Schiedsvereinbarung .	102
a. Reichweite der <i>duty of confidentiality</i> . . . . .	102
b. Ausnahmen von der <i>duty of confidentiality</i> . . . . .	103
3. Zusammenfassung . . . . .	104
V. Ergebnis . . . . .	105
G. <i>Fazit</i> . . . . .	105
I. Bewährung des Kriteriums zur Ableitung schiedsvertraglicher Pflichten . . . . .	105
II. Konsequenz: Ablehnung der bisherigen Kriterien zur Beschreibung von Pflichten der Parteien aus der Schiedsvereinbarung . . . . .	107
III. Ergebnis und Ausblick . . . . .	108

Teil II: Rechtsfolgen bei der Verletzung schiedsvertraglicher Pflichten	109
§ 4 Schadensersatz wegen der Verletzung schiedsvertraglicher Pflichten	111
A. <i>Der Tatbestand des Schadensersatzanspruchs</i>	112
I. Pflichtverletzung	112
II. Rechtswidrigkeit und Rechtfertigung der Pflichtverletzung?	113
1. Rechtswidrigkeit der Pflichtverletzung als Voraussetzung von § 280 Abs. 1 BGB?	113
2. Rechtfertigung von Klagen vor staatlichen Gerichten?	114
3. Zwischenergebnis	115
III. Vertretenmüssen	115
IV. Schaden	118
1. Klage vor einem staatlichen Gericht	118
a. Differenzhypothese – Die Frage nach der pflichtgemäßen Erfüllung	118
aa. Rechtsliteratur zur Verletzung von ausschließlichen Gerichtsstandsvereinbarungen	119
bb. Übertragbarkeit auf die Schiedsvereinbarung?	119
cc. Schiedsklage in derselben Sache als zu berücksichtigender Faktor in der Differenzhypothese	120
b. Konstellation 1: Gericht erklärt sich aufgrund der Schiedseinrede für unzuständig	121
c. Konstellation 2: Gericht erklärt sich trotz Erhebung der Schiedseinrede für zuständig	122
aa. Staatliches Gericht entscheidet in der Sache und weist die Klage als unbegründet ab	123
bb. Staatliches Gericht entscheidet in der Sache und gibt der Klage statt	124
d. Zwischenergebnis	125
2. Nichtzahlung des eigenen Anteils am Kostenvorschuss	126
a. Konstellation 1: Nichtzahlung trotz Möglichkeit	126
aa. Schiedskläger verweigert Zahlung	126
bb. Boykottierender Schiedsbeklagter verweigert Zahlung	126
b. Konstellation 2: Nichtzahlung aufgrund von Mittellosigkeit	127
aa. Mittelloser Schiedskläger kann nicht zahlen	127
bb. Mittelloser Schiedsbeklagter kann nicht zahlen	128
c. Zwischenergebnis	128
3. Unwahrer oder unvollständig verfälschender Sachvortrag	129
4. Nichtbefolgung von einstweiligen Anordnungen des Schiedsgerichts	129
5. Nichtbefolgung des Schiedsspruchs	130
6. Offenlegung vertraulicher Informationen oder Dokumente	131

a. § 43.1 DIS-Schiedsgerichtsordnung .....	131
b. Art. 30.1 LCIA Arbitration Rules .....	132
V. Ergebnis .....	132
<i>B. Fragen der Rechtskraft</i> .....	133
I. Rechtskraftwirkung der Entscheidung eines pflichtwidrig angerufenen staatlichen Gerichts .....	134
1. Urteile deutscher Gerichte .....	134
a. Entgegenstehende Rechtskraft der Entscheidung, dass die Schiedsvereinbarung ungültig ist? .....	135
aa. Rechtskraft der Entscheidung nach § 1032 Abs. 1 ZPO ....	135
bb. Erhebung der Zwischenfeststellungsklage gem. § 256 Abs. 2 ZPO über die Ungültigkeit der Schiedsvereinbarung? .....	136
cc. Widerspruch zur Entscheidung des Reichsgerichts vom 8. Dezember 1897? .....	137
b. Entgegenstehende Rechtskraft der Entscheidung in der Sache .	138
aa. Konstellation 2 – Fall 1: Gericht hatte die pflichtwidrige Klage als unbegründet abgewiesen .....	139
bb. Konstellation 2 – Fall 2: Gericht hatte der pflichtwidrigen Klage stattgegeben .....	139
cc. Rechtsfolgen bei Missachtung der Rechtskraft .....	140
c. Zwischenergebnis .....	140
2. Urteile englischer Gerichte .....	141
a. Mangelnde Wirkungserstreckung der Entscheidung nach section 9 (4) Arbitration Act .....	141
b. Entgegenstehende Rechtskraft der englischen Entscheidung in der Sache .....	142
aa. Anerkennung der englischen Entscheidung in der Sache über die Brüssel I-VO .....	142
bb. Auf das deutsche Inland erstreckte Wirkungen der englischen Entscheidung .....	143
cc. Bindung von Schiedsgerichten an Urteile, die über die Brüssel I-VO anerkannt werden? .....	144
dd. Auswirkungen auf Schadensersatzschiedsverfahren mit Sitz in Deutschland .....	145
c. Zwischenergebnis .....	146
3. Ergebnis .....	147
II. Die Rechtskraft von Schiedssprüchen und der Schadensersatz wegen der Verletzung der schiedsvertraglichen Wahrheitspflicht ....	147
1. Die entgegenstehende Rechtskraft des unrichtigen Schiedsspruchs	148
2. Hinfalligkeit des Schadensersatzes bei Aufhebung des unrichtigen Schiedsspruchs gem. § 1059 ZPO? .....	149

3. Aufhebbarkeit eines inhaltlich unrichtigen Schiedsspruchs bei Verletzung der Wahrheitspflicht? .....	149
a. § 1059 Abs. 2 Nr. 1 lit. d Alt. 2 ZPO – Schiedsverfahren entspricht nicht der Vereinbarung der Parteien .....	149
b. Vereinbarkeit mit dem Verbot der <i>révision au fond</i> .....	151
c. Präklusion des Aufhebungsgrundes wegen mangelnder Rüge im Schiedsverfahren? .....	152
d. Zwischenergebnis .....	153
4. Präklusion der Aufhebbarkeit bei Ablauf der drei-Monats-Frist des § 1059 Abs. 3 S. 1 ZPO? .....	153
a. Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Durchbrechung der materiellen Rechtskraft von Urteilen nach § 826 BGB .....	154
b. Übertragbarkeit der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs auf Schiedssprüche .....	154
c. Rückschlüsse für den Schadensersatz aus der Verletzung der schiedsvertraglichen Wahrheitspflicht .....	155
d. Parallele Anspruchsgrundlagen .....	156
5. Zusammenfassung .....	156
C. <i>Ergebnis</i> .....	157
I. Schadensersatz wegen Verletzung der schiedsvertraglichen Pflicht, Klagen vor staatlichen Gerichten zu unterlassen .....	157
II. Schadensersatz wegen Verletzung der schiedsvertraglichen Pflicht, einen gleichen Anteil für die Kosten des Schiedsverfahrens vorzuschießen .....	159
III. Schadensersatz wegen Verletzung der schiedsvertraglichen Wahrheitspflicht .....	160
IV. Schadensersatz wegen Verletzung der schiedsvertraglichen Pflichten, einstweilige Anordnungen des Schiedsgerichts und den Schiedsspruch zu befolgen .....	160
V. Schadensersatz wegen Verletzung einer schiedsvertraglichen Vertraulichkeitspflicht .....	161
§ 5 Die Durchsetzbarkeit schiedsvertraglicher Pflichten vor staatlichen Gerichten .....	163
A. <i>Meinungsstand</i> .....	163
B. <i>Unzulässigkeit einer Klage aufgrund von mangelndem Rechtsschutzbedürfnis?</i> .....	165
C. <i>Unzuständigkeit staatlicher Gerichte zur Durchsetzung schiedsvertraglicher Pflichten</i> .....	168
I. Die Verletzung schiedsvertraglicher Pflichten als Streitigkeit, die der Schiedsvereinbarung unterfällt .....	168

II. Konsequenz: Anwendbarkeit von § 1032 Abs. 1 ZPO in Bezug auf Streitigkeiten über schiedsvertragliche Pflichten . . . . .	170
III. Ergebnis . . . . .	170
D. <i>Ausnahmen</i> . . . . .	170
I. Die Durchsetzung schiedsvertraglicher Pflichten im einstweiligen Rechtsschutz . . . . .	171
1. Prozessführungsverbote/Deutsche <i>anti-suit injunctions</i> . . . . .	171
a. Grundlagen . . . . .	171
aa. Zulässigkeit im deutschen Rechtssystem? . . . . .	172
bb. Erforderlichkeit . . . . .	173
b. Voraussetzungen . . . . .	174
aa. Verfügungsanspruch . . . . .	174
bb. Verfügungsgrund . . . . .	175
c. Missbrauchsgefahr? . . . . .	175
d. Vollziehung . . . . .	177
e. Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte . . . . .	177
f. Ergebnis . . . . .	179
g. Englische <i>anti-suit injunctions</i> zur Durchsetzung der Pflicht, staatliche Klagen zu unterlassen . . . . .	179
aa. Grundlagen . . . . .	180
bb. Voraussetzungen . . . . .	181
cc. Durchsetzung . . . . .	182
2. Vorläufige Sicherung einer vereinbarten Vertraulichkeit . . . . .	184
3. Zwischenergebnis . . . . .	185
II. Die Durchsetzung schiedsvertraglicher Pflichten mit staatlichem Zwang . . . . .	185
1. Vollziehung von einstweiligen Anordnungen des Schiedsgerichts . . . . .	185
2. Vollstreckung von Schiedssprüchen . . . . .	186
3. Zwischenergebnis . . . . .	186
III. Sonstige Ausnahmen? . . . . .	187
1. Klage auf Erfüllung der Schiedsrichterbestellung? . . . . .	187
2. Klage auf Zahlung des anteiligen Kostenvorschusses? . . . . .	188
3. Klage auf wahrheitsgemäßen Sachvortrag? . . . . .	189
4. Klage auf Schadensersatz wegen Verletzung einer schiedsvertraglichen Pflicht? . . . . .	190
a. Zuständigkeit staatlicher Gerichte, wenn kein Schiedsverfahren anhängig ist? . . . . .	190
b. Zuständigkeit staatlicher Gerichte nach Kündigung der Schiedsvereinbarung . . . . .	191
c. Zusammenfassung . . . . .	191
5. Zwischenergebnis . . . . .	191
E. <i>Ergebnis</i> . . . . .	192

§ 6 Die Geltendmachung schiedsvertraglicher Pflichten im Schiedsverfahren .....	195
A. Grundlagen .....	195
I. Entscheidungszuständigkeit eines Schiedsgerichts .....	195
II. Geltendmachung im anhängigen Schiedsverfahren oder Bildung eines neuen Schiedsgerichts? .....	196
1. Entscheidung des Oberlandesgerichts Oldenburg zur anteiligen Kostenvorschusspflicht .....	196
2. Kritik der Rechtsliteratur .....	197
3. Verallgemeinerungsfähigkeit der Entscheidung: Geltung für andere Streitigkeiten aus der Verletzung schiedsvertraglicher Pflichten .....	198
III. Zuständigkeit nach Beendigung des Schiedsverfahrens .....	199
B. Die Geltendmachung der einzelnen schiedsvertraglichen Pflichten ..	200
I. Pflicht zur Unterlassung von Klagen vor staatlichen Gerichten: <i>Anti-suit injunctions</i> von Schiedsgerichten bei deutschem Schiedsort .....	200
1. Zulässigkeit nach deutschem Schiedsverfahrensrecht .....	200
2. Vereinbarkeit mit der Brüssel I-Verordnung .....	201
a. Der Fall <i>Gazprom</i> vor dem EuGH .....	202
b. Die Schlussanträge des Generalanwalts <i>Wathelet</i> .....	203
c. Die Entscheidung des EuGH .....	204
d. Stellungnahme .....	204
e. Schlussfolgerungen .....	205
3. Entscheidung des Schiedsgerichts als einstweilige Maßnahme oder Teilschiedsspruch? .....	205
a. Schiedsgerichtliche <i>anti-suit injunctions</i> als einstweilige Maßnahmen gem. § 1041 Abs. 1 ZPO .....	206
aa. Zulässigkeit? .....	206
bb. Voraussetzungen .....	206
cc. Durchsetzung mit staatlichem Zwang .....	207
b. Schiedsgerichtliche <i>anti-suit injunctions</i> als Schiedssprüche im Sinne von § 1055 ZPO .....	208
aa. <i>Anti-suit awards</i> als Teilschiedssprüche im anhängigen Schiedsverfahren .....	208
bb. <i>Anti-suit awards</i> als Schiedssprüche in der Hauptsache .....	209
cc. Vollstreckbarkeit von <i>anti-suit awards</i> nach der New York Convention .....	210
4. Einordnung schiedsgerichtlicher <i>anti-suit injunctions</i> in die Systematik des zehnten Buchs der ZPO .....	211
5. Ergebnis .....	212
II. Schiedsklage und Schiedsspruch auf Zahlung eines gleichen Anteils am Vorschuss für die Kosten des Schiedsverfahrens .....	212

1. Kein Verstoß gegen das Verbot des Richtens in eigener Sache . . . .	213
a. Unterschiedliche Anspruchsgrundlagen: Schiedsvereinbarung und Schiedsrichtervertrag . . . . .	213
b. Schiedsspruch entfaltet nur Wirkungen zwischen den Parteien (§ 1055 ZPO) . . . . .	214
c. Mittelbare Selbstbegünstigung genügt nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs nicht für einen Verstoß gegen das Richten in eigener Sache . . . . .	214
d. § 1057 ZPO als Ermächtigungsgrundlage des Schiedsgerichts, per Schiedsspruch über alle Kosten des Schiedsverfahrens zu entscheiden . . . . .	215
e. Ergebnis . . . . .	216
2. Alternative Anspruchsgrundlagen: Die primäre schiedsvertragliche Vorschusspflicht und die sekundäre Schadensersatzpflicht bei Herausforderungslage . . . . .	216
3. Anteilige Kostenvorschusszahlung im einstweiligen Rechtsschutz vor dem Schiedsgericht? . . . . .	217
4. Schutz des Schiedsbeklagten gegen einen zahlungsanordnenden Teilschiedsspruch bzw. gegen eine einstweilige Anordnung des Schiedsgerichts . . . . .	218
5. Zusammenfassung . . . . .	219
III. Wahrheitsgemäßer Sachvortrag . . . . .	220
IV. Vertraulichkeitspflicht . . . . .	220
V. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung . . . . .	221
C. Ergebnis . . . . .	222
§ 7 Kündbarkeit der Schiedsvereinbarung . . . . .	225
A. Grundlagen . . . . .	225
I. Meinungsstand . . . . .	225
1. Höchstgerichtliche deutsche Rechtsprechung . . . . .	225
2. Rechtsliteratur . . . . .	226
II. Rücktritt, Kündigung oder <i>ipso iure</i> Undurchführbarkeit der Schiedsvereinbarung bei schiedsvertraglichen Pflichtverletzungen? . .	227
1. Rücktritt oder Kündigung als einschlägiges Gestaltungsrecht? . . .	228
2. Undurchführbarkeit der Schiedsvereinbarung gem. § 1032 Abs. 1 ZPO? . . . . .	229
3. Ergebnis: Unzumutbarkeit als ausschlaggebender Faktor . . . . .	229
III. Definition der Unzumutbarkeit für Schiedsvereinbarungen . . . . .	230
1. Rechtsprechung des BGH zur Mittellosigkeit als Maßstab für die Unzumutbarkeit? . . . . .	230
a. Keine Unzumutbarkeit bei Mittellosigkeit des Schiedsklägers .	231

aa. Schiedsvereinbarung als konkludenter Ausschluss der Prozesskostenhilfe . . . . .	231
bb. Kein rechtsfreier Raum – Durchführbarkeit des Schiedsverfahrens mithilfe von Prozessfinanzierern . . . . .	233
cc. Zusammenfassung . . . . .	234
b. Keine Undurchführbarkeit bei Verweigerung des Schiedsbeklagten . . . . .	234
c. Ergebnis . . . . .	235
2. Unzumutbarkeit bei fehlendem effektiven Rechtsschutz im Schiedsverfahren . . . . .	235
3. Ergebnis . . . . .	236
<b>B. Einzelfälle der Unzumutbarkeit bei schiedsvertraglichen Pflichtverletzungen . . . . .</b>	<b>236</b>
I. Anrufung staatlicher Gerichte . . . . .	236
II. Fehlende Beteiligung an der Konstituierung des Schiedsgerichts . . . . .	238
III. Nichtzahlung eines gleichen Anteils am Kostenvorschuss für das Schiedsverfahren . . . . .	238
1. Zahlungsfähiger Schiedskläger/boykottierender Schiedsbeklagter . . . . .	239
2. Mittelloser Schiedskläger/vermögender Schiedsbeklagter . . . . .	240
3. Vermögender Schiedskläger/Mittelloser Schiedsbeklagter . . . . .	241
IV. Unwahrer Sachvortrag . . . . .	243
V. Fehlende Befolgung von einstweiligen Anordnungen des Schiedsgerichts/des Schiedsspruchs . . . . .	244
VI. Offenlegung von vertraulichen Informationen oder Dokumenten . . . . .	245
<b>C. Ergebnis . . . . .</b>	<b>246</b>
<b>Teil III: Rückschlüsse für die Geltendmachung schiedsvertraglicher Pflichtverletzungen . . . . .</b>	<b>249</b>
<b>§ 8 Kollisionsrechtliche Fragestellungen bei der Geltendmachung schiedsvertraglicher Pflichten . . . . .</b>	<b>251</b>
<b>A. Das Statut der Schiedsvereinbarung . . . . .</b>	<b>251</b>
I. Deutsches Kollisionsrecht . . . . .	252
II. Englisches Kollisionsrecht . . . . .	252
III. Zusammenfassung . . . . .	253
<b>B. Auswirkungen auf die schiedsvertraglichen Pflichten bei englischem Schiedsort und deutschem Schiedsvereinbarungsstatut? . . . . .</b>	<b>253</b>
I. Schiedsvertragliche Pflicht, Klagen vor staatlichen Gerichten zu unterlassen . . . . .	254
II. Schiedsvertragliche Last zur Schiedsrichterbestellung . . . . .	255

III. Schiedsvertragliche Kostenvorschusspflicht .....	255
IV. Schiedsvertragliche Wahrheitspflicht/Schiedsvertragliche Pflichten, einstweilige Anordnungen des Schiedsgerichts und den Schiedsspruch zu befolgen .....	256
V. Schiedsvertragliche Vertraulichkeitspflicht .....	256
<i>C. Ergebnis</i> .....	257
§ 9 Gesamtergebnis .....	259
Literaturverzeichnis .....	265
Entscheidungsverzeichnis .....	277
Sachverzeichnis .....	283